

Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Städteregionstag vom 15.12.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Städteregionsrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die FDP-Fraktion lehnt den Haushalt ab.

Dafür gibt es zwei wichtige Gründe:

Die Ausdehnung auf zwei Jahre, und
Die hohe Verschuldung

Zum Doppelhaushalt: Die angebliche Planungssicherheit für die angeschlossenen Gemeinden wird in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in ihr Gegenteil verkehrt. Nicht nur die allgemeine Unsicherheit über die Zukunft des Euro-Raumes verhindert belastbare Vorhersagen, sondern auch die völlige Ungewissheit über die Höhe der Schlüsselzuweisungen für 2013 führen die „Planungssicherheit“ ad absurdum. Die Zahlen für 2013 sind teilweise so unsicher, dass man sie auch hätte würfeln können.

Der zweite Grund ist der noch wesentlich gravierendere: Schon heute ist die Städteregion mit insgesamt 100 Millionen Euro verschuldet. Davon rund 50 Millionen als Dispokredit. Machen wir so weiter wie bisher, werden die Schulden bis Ende 2013 auf 150 Millionen oder mehr steigen. Der beruhigende Blick auf die bis 2014 ausreichende Ausgleichsrücklage verkennt, dass es sich dabei nur um virtuelles Geld handelt, das es auf keinem Konto gibt.

Gibt es eigentlich niemanden, der sich fragt, ob und wann wir diese Schulden jemals zurückzahlen können?

Die FDP hat darum ein Aufgabenabbau- und Stellenbewirtschaftungskonzept beantragt. In ihrer Stellungnahme hat die Verwaltung erklärt, dass man das bereits seit langem habe und eine strenge Aufgabenkritik praktiziere. Es ging uns aber nicht um Aufgabenkritik sondern um Aufgabenabbau. Ihren Einwand, Herr Städteregionsrat, ich solle mich als FDP-Mitglied lieber in Berlin, wo meine Partei an der Regierung beteiligt sei, darum kümmern, dass nicht immer neue kostenrelevante Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, hilft hier nicht weiter. Ich könnte dann meinerseits darauf verweisen, dass „Ihre“ CDU mit der Kanzlerin, der Arbeits- und Sozialministerin, sowie dem Finanzminister in den hier relevanten Ressorts gegenüber „meiner“ FDP ein gewisses Übergewicht hat. Dass solche gegenseitigen Vorhaltungen wenig zielführend sind, erkennt man am besten daran, dass jüngst im Landtag „meine“ FDP gemeinsam mit Rot-Grün gegen „Ihre“ CDU ein Entschuldungsprogramm für besonders hoch verschuldete Kommunen auf den Weg gebracht hat. Es nutzt nichts, mit dem Finger auf andere zu zeigen; wir müssen unsere Aufgaben hier vor Ort selbst erledigen.

Es ist schwer zu verstehen, dass an Betracht der allgemeinen Verschuldungskrise in Europa, von der Deutschland zwar relativ – und die Betonung liegt ausdrücklich auf relativ - am wenigsten betroffen ist, alle weitermachen wie bisher. Das beginnt mit der Bundesregierung, die wie ein Oberlehrer in ganz Europa Wasser predigt, dann aber selbst zum süßen Wein der weiteren Verschuldung greift. Trotz der noch nie so heftig sprudelnden Steuereinnahmen werden wieder über 20 Milliarden neue Schulden aufgenommen. Das setzt sich fort im Land, das auch die oben erwähnte Kommunalverschuldung natürlich auf Pump vollzieht. Und das schlägt durch bis auf jede Gemeinde, wenn man mal von wenigen Ausnahmen wie Düsseldorf absieht.

Dagegen haben in Brüssel soeben 26 von 27 EU-Staaten Maßnahmen zur weiteren Eindämmung der Staatsverschuldung beschlossen und man kann nur hoffen, dass der Gedanke des Sparens jetzt endlich Einzug hält, zumindest in der EU. Daran könnten und sollten wir uns ein Beispiel nehmen.

Und so stellt sich mir die Frage: Müssen wir alles so weiter machen wie bisher? Müssen wir nicht die eine oder andere Heilige Kuh schlachten? Wobei diese Kühe meist nicht lila sondern schwarz, rot oder grün gefärbt sind.

Müssen wir ein derart aufwändiges Klimaschutzkonzept unverändert weiterführen, obwohl die meisten Maßnahmen auch schon vom Bund und Land durchgeführt werden?

Müssen wir Fotovoltaikanlagen in einer Region bauen, in der die Sonne selten scheint und deren sogenannte Wirtschaftlichkeit sich nur durch absurd hohe Subventionen rechnen lässt? Fotovoltaikanlagen in Aachen haben weniger als die halbe Effektivität als solche in Spanien oder den USA. Allein in die beiden völlig sinnlosen Anlagen in Merzbrück und Alsdorf hat die Städteregion eine halbe Million Euro investiert.

Müssen wir Blockheizkraftwerke in Schulen bauen, wo sie ihre eigentliche Wirksamkeit aufgrund der langen Nutzungspausen nicht dem Aufwand entsprechend entfalten können?

Müssen wir uns eine Stabsstelle Klimaschutz leisten?

Demnächst kommen noch zwei Klimaschutzmanager hinzu. Diese werden zwar gefördert, kosten uns aber trotzdem einiges.

Müssen wir weiter in zahllose Öko-Projekte als freiwillige Aufgaben investieren, ohne dass damit eine besondere Wirkung erzielt wird?

Das integrierte Klimaschutzprojekt kostet uns bei Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen 2,4 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren. Und das für eine marginale CO₂- Reduzierung.

Wir können nicht von Aachen aus das Weltklima retten, wenn schon China und die USA am Kioto-Protokoll nicht teilnehmen, Indien weiter blockiert und Kanada gerade seinen Austritt erklärt hat. Die „Farce von Durban“ (FAZ vom Dienstag) müsste uns doch zu der Frage verleiten:

Wollen wir unseren Kindern und Enkeln in 20 Jahren stolz verkünden, dass wir in der Städteregion zwar eine Vorbildfunktion bei der Rettung des Weltklimas erfüllt haben, aber leider das Geld nicht mehr für eine qualitätsvolle Ausbildung reicht?

Wir Liberalen setzen dagegen auf schonenderen Mittelverbrauch im Klimaschutz durch Investitionen mit höherer Effektivität. Ein Beispiel ist die Unterstützung privater Hauseigentümer bei der Wärmedämmung durch günstige Kredite. Sie bringt ungleich mehr Effizienz und hat den Vorteil, dass durch die spätere Rückzahlung der Darlehen immer mehr Objekte in dieses Programm einbezogen werden können.

Der entscheidende Punkt ist und bleibt aber: Wir brauchen eine mittelfristige Finanzplanung mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs. Stattdessen beruht unsere Finanzplanung auf der Fortschreibung von Defiziten. Es muss möglich sein – und das sollte auch das Ziel einer jeden ehrgeizigen Verwaltung sein, den alten Kaufmanns–, oder von mir aus auch Hausfrauengrundsatz zu beherzigen: Nicht mehr Geld auszugeben als man hat. Diese Verpflichtung wird umso zwingender, als wir unsere Defizite an die gleichermaßen verschuldeten Regionsgemeinden weiterreichen. Das verlangt allerdings in Zukunft große Disziplin von allen Fraktionen bei kostenrelevanten Anträgen, auch von meiner eigenen, die ich durchaus selbstkritisch hier mit einschließe.

Wurde eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Haushalt durch die ständigen Veränderungen der Vorlagen und Vorgaben schon schwer genug, so steigerte sich das politische Treiben der letzten Wochen in der Städteregion zu einem veritablen absurden Theater.

Unter dem Eindruck der sogenannten „Großen Runde“ zur Neuordnung der Zusammenarbeit im Geltungsbereich des alten Regierungsbezirks habe ich diesen Teil meiner Rede zum wiederholten Male umgeschrieben.

Da wird innerhalb von nur einer Stunde ein „Historischer Beschluss“ gefasst mit dem einstimmig parteiübergreifend der Weg in eine neue gemeinsame Zukunft freigemacht wird.

Weckt das – zumindest bei einigen von Ihnen keine Erinnerungen?

Erinnerungen an den 11. Oktober 2007, als es auch einen parteiübergreifenden einstimmigen Historischen Beschluss gab: den zur Gründung der Städteregion Aachen!

Ich habe als sogenannter Spätberufener in Sachen Städteregion diesen Beschluss erst in der vergangenen Woche erstmals gesehen. Und als ich sah, wer dort alles und was unterschrieben hat, war ich doch sehr überrascht über die Vergesslichkeit einiger Beteiligten. Unter diesem Beschluss stehen unter anderem die Namen von Klaus Dieter Wolf, Josef Stiel, Heiner Höfken und Gerhard Maaßen.

Sie haben gemeinsam mit allen Vertretern der Fraktionen aus Stadtrat und Kreistag unter anderem folgenden Passus unterschrieben:

„Soweit durch Bildung der Städteregion bei der Übertragung von Aufgaben Kostenverschiebungen zwischen der kreisfreien Stadt und den kreisangehörigen Gemeinden entstehen, werden die Beteiligten eine Finanzierungsvereinbarung treffen, die zum Ausgleich unter den Beteiligten führt.
Das entsprechende Verfahren soll Bestandteil des Gesetzes werden.“

Liest man sich den vollständigen gemeinsamen Beschluss von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und UWG vom 11. Oktober 2007 durch, und vergleicht dessen Inhalt und Geist mit dem seit 2009 von der Städteregionsverwaltung gegenüber der Stadt praktizierten Verhalten, müsste man eigentlich sehr schnell erkennen, warum die Vertreter der Stadt von der realen Entwicklung enttäuscht sind, und weshalb sie so schnell das Vertrauen zu unserer Städteregion verloren haben.

Statt angesichts der neuen großen Herausforderungen wie die Metropolregion Rheinland, die Innovationsregion Rheinisches Revier und die Neuformierung der

Euregio Maas/Rhein, geschlossen aufzutreten, streiten sich die beiden Gründungsmitglieder der Städteregion wie die Kinder im Sandkasten.

Entweder **ich** kriege das Schäufelchen, oder ich mache es kaputt!

Welchen Eindruck macht das wohl auf die Nachbarn in Belgien und Südlomburg?

Letzter Höhepunkt dieser Posse war der außerordentliche Städteregionstag vom 17. November.

Herr Städteregionsrat, Sie haben auf Antrag der SPD und einiger anderer Fraktionen diese Sondersitzung einberufen und uns zur Entscheidung eine Beschlussvorlage in zwei Teilen vorgelegt: Variante A und Variante B. Es war eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Variante A war Oebbecke pur und Pest für knapp die Hälfte der Städteregion, die Stadt Aachen. Die Variante B, ein Mehrfachzweckverband, war Cholera für uns alle!

Trotz intensiver Bemühungen aus Ihrer eigenen Partei – ich betone hier nochmals ausdrücklich den Aachener CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, der mir das selbst ausführlich geschildert hat, trotz der eindringlichen Bitten und unmissverständlichen Warnungen unseres Kollegen Harald Baal, nicht nur bis dahin Mitglied dieses Hauses sondern auch Fraktionsvorsitzender Ihrer CDU im Stadtrat, und nicht zuletzt auch der ausdrücklichen Bitte meiner Fraktion, haben Sie auf einer Abstimmung bestanden.

Ihren Grundgedanken dabei kann ich zwar nachvollziehen: Sie wollten Klarheit in der Sache durch ein Votum der Politik. Mit diesem Verhalten haben Sie aber der Sache nicht genutzt, sondern ihr eher geschadet. Die Suche nach einem Konsens ist dadurch nicht eben leichter geworden.

Kaum nachvollziehen konnte ich das Verhalten des Fraktionsvorsitzenden der CDU.

Lieber Herr Wolf, als hätten Sie eine Freude an ihrer eigenen Demontage suchten Sie ausgerechnet den Schulterschluss mit der SPD um mit Ihrer Rest-CDU dem Städteregionsrat eine Mehrheit für seine Fundamentalpositionen zu sichern. Die Reaktion in Ihrer eigenen Fraktion war bühnenreif: Den mehr als eindrucksvollen und jeden Respekt verdienenden Abgang von Harald Baal habe ich schon erwähnt. Es verweigerten Ihnen aber noch vier weitere Mitglieder die Gefolgschaft und ein fünfter schimpfte mehrmals so laut über ein von Ihnen verhängtes Redeverbot, dass sich einige Zuhörer im Publikum schon über die Störung beschwerten.

Den größten Tott taten Sie aber ihrem Koalitionspartner an. Genau wissend, welche Abstimmungsprobleme gerade die Grünen noch mit ihren Aachener Kollegen hatten, ließen Sie ihnen keine andere Möglichkeit, als sich der Stimme zu enthalten. Damit haben Sie selbst den Beweis geliefert, dass Ihre Koalition in dieser wichtigen politischen Frage keine Mehrheit hat!

Es hatte dann schon den Charakter eines Slapsticks, als Sie uns kurz vor der Sitzung ein gemeinsam mit Ihrem Partner erarbeitetes Papier zeigten mit dem schönen Titel:

**Zusammenarbeit in der Städteregion Aachen stärken
Ein klares Ja zur Städteregion**

Gerne hätten wir Liberale uns mit den Inhalten dieses Papiers auseinandergesetzt. Aber Sie haben es uns nur **gezeigt**, dann wurde es wieder einkassiert und in einem kuriosen Abstimmungsvorgang nach Aachen weitergereicht. Dort ist es nach diesen Ereignissen auf wenig oder gar kein Vertrauen gestoßen. Herr Wolf, ein klares Ja zur Städteregion sieht anders aus! Wer ständig die Zusammenarbeit beschwört, sich dann aber so verhält, hat zumindest in diesem Punkt an Glaubwürdigkeit verloren.

Nun zu Ihrem Partner auf Zeit in dieser Posse: Heiner Höfken:

Heiner Höfken wäre nicht Heiner Höfken, hätte er diese Steilvorlage der CDU nicht hemmungslos ausgenutzt. So unverhohlen war auch seine Schadenfreude. Aber jedem kundigen Thebaner musste sofort klar sein: Seine Forderung: „Aachen runter vom Podest der Kreisfreiheit“ würde er als Fraktionschef im Aachener Rat – wie dann auch prompt geschehen - gleich wieder einkassieren. Da hat er dann gestern die hier so heftig kritisierten Aachener Positionen selbst mit beschlossen.

Sogar den Passus, dass durch den Beschluss der von ihm selbst mit beantragter Sondersitzung die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen nicht einfacher gemacht wurde.

So was nennt man Flexibilität. Oder besser gesagt: Wir erleben Heiner Höfken in diesen Tagen als perfektes Doppeltes Polit-Lottchen!

Nun komme ich zu den Liberalen und zu meiner eigenen Position zur Städteregion:

Für die FDP war die Städteregion von Anfang an das für die Entwicklung der Region dringend notwendige Projekt schlechthin. Daran hat sich bis heute nicht das Geringste geändert. Ich habe aber nie ein Hehl daraus gemacht – und meine Freunde in der Fraktion haben das auch stets respektiert – dass ich einen nachhaltigen Erfolg nur dann für möglich halte, wenn die Stadt als gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe einbezogen, und nicht gegen ihren Willen majorisiert wird. Leider wird man hier immer noch missverstanden, wenn man sich klar zu dieser Position bekennt. Aber nur auf diesem Wege werden wir in Zukunft mehr Aufgaben gemeinsam erfüllen können. Nur dann, wenn wir wirklich mit einer Stimme sprechen, werden wir gehört werden, und selber mitsprechen können. Nur dann haben wir Einfluss bei der Neugestaltung der Wirtschaftsräume zwischen uns und der Rheinschiene, sowie mit unseren Nachbarn im Westen.

Und nur dann wird es zu nachhaltigen Synergieeffekten kommen!

Aber ich will das gar nicht verhehlen: auch wir in der FDP haben zwischen unseren Fraktionen noch Klärungsbedarf bezüglich des weiteren Vorgehens. Auch wir suchen derzeit noch nach einer gemeinsamen Formel für die Schließung der übereinstimmend auch von den beiden Gutachtern festgestellten Lücken im Aachen-Gesetz. Aber wir werden uns produktiv in die diesbezüglichen Diskussionen einschalten.

Inzwischen kennen wir die Stellungnahme der Aachener Stadtverwaltung und den gestrigen **einstimmig gefassten** Ratsbeschluss. Nach diesem Beschluss gibt es jetzt eine klare Positionierung beider Seiten und keinen Grund, nicht sofort mit dem Bemühen um eine Verständigung zu beginnen.

Die politischen Bedingungen könnten doch günstiger kaum sein; man wagt sich gar nicht auszumalen, wie viel schlimmer es heute bereits um die Städteregion stünde, hätten wir unterschiedliche Mehrheiten in den Räten und unterschiedliche

Parteizugehörigkeiten bei den Hauptverwaltungsbeamten. Ich frage mich allen Ernstes:

Warum haben die Verantwortlichen die Möglichkeiten, die diese politische Konstellation bietet, so lange ungenutzt verstreichen lassen?

Herr Städteregionsrat,

wenn ich den letzten Satz Ihres gestrigen Schreibens an die Fraktionen positiv werte, dann werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, eine „einvernehmliche Lösung“ der Probleme mit der Stadt zu erzielen. Wir Liberalen wünschen Ihnen dabei vollen Erfolg. Nur eine solche einvernehmliche Lösung kann uns aus der derzeitigen Blockadesituation befreien. Von außen werden wir von vielen um unsere Städteregion beneidet, sorgen wir dafür, dass dies endlich zu Recht geschieht. Wir Liberalen sichern Ihnen dabei unsere Unterstützung zu; und wir bleiben dabei:

Gemeinsam geht es tatsächlich besser – aber packen wir's endlich an!!!